

Protokollauszug aus der 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm- lung der Landeshauptstadt Potsdam vom 05.05.2010

öffentlich

**Top 6.11 Keine Sperrung Humboldt-Brücke
10/SVV/0146
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Finanzen** hat einem **geänderten Beschlusstext zugestimmt**; die Terminänderung wird von der Antragstellerin übernommen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen, eine einseitige Sperrung der Humboldt-Brücke auszuschließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist zum Ende des IV. Quartals 2010 zu berichten.

Abstimmung:

Die vom o. g. Ausschuss empfohlene Änderung wird

mit 19 Ja-Stimmen

und 19 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen** hat dem Beschlussvorschlag **mit folgenden Änderungen zugestimmt**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen, um die ~~vom Baubeigeordneten demonstrativ-angedachte~~ einseitige Sperrung der Humboldt-Brücke auszuschließen.

Die Gespräche mit der Landesregierung sind mit der Sicherung der notwendigen Voraussetzungen seitens der Stadt zu verbinden.

Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2010 IV. Quartal zu unterrichten.

Der **Änderungsantrag der Fraktion SPD** mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Mai 2010 die Finanzierung für den Abschluss der Sanierung der Humboldtbrücke (L40), insbesondere den erforderlichen Finanzierungsanteil der Landeshauptstadt, zu klären und die SVV darüber zu informieren.

wurde in den Ausschüssen für Stadtplanung und Bauen sowie für Finanzen nicht abgestimmt. Namens der Fraktion SPD erklärt der Stadtverordnete Kümmel, dass diese **Änderung** in die Empfehlungen der o. g. Ausschüsse **eingeflossen** sei.

Die vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfohlene Textfassung und damit die geänderte DS 10/SVV/0146 wird anschließend zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen, um die einseitige Sperrung der Humboldt-Brücke auszuschließen.

Die Gespräche mit der Landesregierung sind mit der Sicherung der notwendigen Voraus-

setzungen seitens der Stadt zu verbinden.

Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung im IV. Quartal zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen.